

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtenschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 280

Bad Schandau, Donnerstag, den 1. Dezember 1927

71. Jahrgang

Die vierte Abrüstungskonferenz eröffnet

Russischer Vorstoß in Genf.

Weitgehendste Forderungen.

Mittwoch, kurz nach 11 Uhr, wurde die vierte Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf durch den Präsidenten Loubon, dem holländischen Gesandten in Paris, mit einer Rede eröffnet, in der er sich kurz zum Stand der Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz äußerte. Der Andrang von Publikum und Presse war sehr stark. Die Aufmerksamkeit lenkt sich natürlicherweise auf die Russen, die ziemlich als letzte im Saal erschienen: Litwinow, Lunatscharski, Generalstabschef Bugatschow, Admiral Verens und ihre Begleiter. Sie nehmen, dem Alphabet entsprechend, am linken Ende des Hufeisenförmigen Platz. Der deutsche Vertreter Graf Bernstorff sitzt ihnen schräg gegenüber. Im Publikum bemerkt man den Sekretär der Zweiten Internationale, Fritz Adler, der den ehemaligen österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh erschossen hat.

Der Präsident hatte bei seiner Begrüßung noch auf die Entschließung der Völkerbundversammlung über die Aufgaben des zu bildenden Sicherheitsausschusses hingewiesen. Die Abrüstung werde noch jahrelang auf sich warten lassen. Nach Wahl des Bureaus sprach

Graf Bernstorff, der deutsche Vertreter.

Er erwähnt den Brief, den er am 12. November an den Präsidenten Loubon gesandt habe und der zu Mißverständnissen geführt hat. Niemals habe er die zweite Lesung des Einigungsentwurfs schon jetzt beginnen lassen wollen; er habe nur eine Generaldebatte über das gesamte Problem der Abrüstung abhalten lassen wollen mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse und auf das Erscheinen neuer Mitglieder. Das könne mit leichter Änderung der Tagesordnung geschehen. Loubon dankt Bernstorff für seine Ausführungen und erklärt sich einverstanden.

Die russischen Vorschläge.

Da sich im Augenblick niemand zum Wort meldet, spricht als erster der Führer der russischen Delegation, Litwinow. Er begann in englischer Sprache mit einem Hinweis auf die bisherige Unfruchtbarkeit der Arbeiten des Völkerbundes. Da die Sowjetrepublik bisher infolge der Ermordung Worowskis in der Schweiz und des Freispruchs seiner Mörder verhindert gewesen sei, an den Verhandlungen der Abrüstungskommission teilzunehmen, müsse er heute hier den Plan der Sowjetrepublik für eine

vollständige und allgemeine Abrüstung

vorlegen. Rußland sei stets für die Abrüstung gewesen. Es habe schon in Genf praktische Vorschläge gemacht, die abgelehnt wurden. In Washington sei es nicht zugelassen worden. Im Dezember 1922 habe Rußland den Nachbarstaaten in Moskau praktische Abrüstungsvorschläge gemacht. Auch dies wurde abgelehnt.

Litwinows vierzehn Punkte.

Nummer gibt Litwinow den Abrüstungsplan bekannt, über den die russische Delegation zu verhandeln ermächtigt sei. Er besteht aus 14 Punkten und zählt im einzelnen auf:

1. Entlassung aller militärischen Personalbestände und Verbot ihrer Einberufung; 2. Zerstörung aller Waffen, Munition, chemischen Kriegsmittel usw.; 3. Zerstörung aller Kriegsschiffe und militärischen Luftschiffe; 4. Aufhören der militärischen Ausbildung in jedem Sinne und Verbot des Militärdienstes; 5. Verbot, die Reservisten aufzubieten; 6. Niederlegung der Festungen; 7. Unterdrückung der Kriegsindustrie; 8. Aufhebung der Militärbudgets; 9. Aufhebung der Kriegsministerien und der Generalstäbe; 10. Verbot der Militärpropaganda; 11. Verbot der Patente für Kriegserfindungen; 12. Erklärung aller Verstöße gegen die vorklebenden Punkte als Staatsverbrechen; 13. gleichzeitige Abrüstung aller Staaten in Etappen von vier Jahren. Die erste Etappe solle nächstes Jahr beendet sein. Die freien Geldmittel sollten zu Kulturzwecken verwendet werden; 14. sofortige Ratifikation des Verbots zur Anwendung von Gas als Kampfmittel.

Wenn die anderen Mächte es ablehnen sollten, über die ersten zwölf Punkte zu verhandeln, die in einem Jahr durchgeführt sein sollen, so würden die Russen auch zunächst über Punkt 13 verhandeln.

Die gegenwärtige Kriegsgesfahr erfordere nach russischer Ansicht sofortiges Eingreifen. Rußland erinnere daran, daß es anlässlich der Kriegsgesfahr im Nordosten

nicht nur in Warschau, sondern auch in Kowno eingeschritten sei. Schließlich unterbreitet Litwinow folgenden

Resolutionsentwurf:

Sofortiger Beginn der Ausarbeitung eines Detailprojektes einer Abrüstungskonvention auf Grundlage der russischen Vorschläge, Einberufung einer Abrüstungskonferenz für März 1928.

Im Saale wurden die Darlegungen des russischen Redners — von denen er selbst sagte, sie erschienen vielleicht wie eine Utopie, aber nur im ersten Augenblick — mit sichtbar steigender Bewegung, jedoch unter lautloser Stille entgegengenommen.

Unmittelbar nach Schluß der Rede Litwinows wurde die Sitzung auf den späten Nachmittag verlagert.

Die russischen Abrüstungsvorschläge verlagert.

Genf, 30. November. Die heutige Nachmittagsitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission trug einen ausschließlich geschäftsordnungsmäßigen Charakter. Eine fastliche Debatte der heute vormittag eingebrachten Anträge der sowjetrussischen Delegation auf Totalabrüstung fand nicht statt. Graf Bernstorff beantragte, die Diskussion über die russischen Anträge auf die nächste Tagung der Abrüstungskommission zu verschieben. Litwinow erklärte sich mit diesem Antrage des Grafen Bernstorff einverstanden, stellte jedoch ausdrücklich fest, daß die Anträge der sowjetrussischen Delegation weder angenommen noch abgelehnt seien, sondern lediglich auf der nächsten Tagung ohne einen neuen Antrag der Sowjetregierung vor der Kommission zur Erörterung gelangen würden. Graf Bernstorff beantragte ferner, daß auf der gegenwärtigen Tagung bereits das Datum für die zweite Lesung des Konventionentwurfes festgesetzt und diese Tagung mindestens einen Monat vor der nächsten Ratstagung des Völkerbundes stattfinden sollte. Auf dieser Tagung sollen gleichfalls dann die russischen Anträge zur Erörterung gelangen. Diesen Anträgen des Grafen Bernstorff stimmten die Vertreter der Tschechoslowakei, Griechenlands und Argentiniens zu, worauf dann die Anträge angenommen wurden. Die Kommission schritt sodann zur Bildung des Sicherheitsausschusses.

Der amerikanische und der russische Delegationsführer lehnen Teilnahme am Sicherheitsausschuß ab.

Genf, 30. November. In der heutigen Nachmittagsitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission gab der amerikanische Delegationsführer, Wilson, eine längere Erklärung ab, in der er Amerikas Teilnahme an dem erstrebten Sicherheitsausschuß ablehnte. Wilson betonte, daß Amerika als Nichtmitglied des Völkerbundes keinen Plan einer Kontrolle annehmen könne. Wenn die Frage eines gemeinsamen Sicherheitspaktens aufgeworfen werden sollte, so müsse Amerika darauf hinweisen, daß seine geographische und verfassungsrechtliche Lage eine besondere Haltung der amerikanischen Delegation fordere. Wohl hätten die Vereinigten Staaten für das Problem der internationalen Sicherheit volles Interesse. Das hätte schon das im Jahre 1921 zwischen England, Frankreich, Japan und Amerika abgeschlossene Sicherheitsabkommen bewiesen. Für die Vereinigten Staaten bedeute dieser Vertrag auf dem Pazifik völlige Sicherheit. Nichtsdestoweniger lege aber die amerikanische Regierung großen Wert darauf, in der Abrüstungskommission weiter mitzuarbeiten.

Auch der russische Delegationsführer Litwinow gab die Erklärung ab, daß seine Regierung sich am Sicherheitsausschuß des Völkerbundes nicht beteiligen könne, weil sie nicht im Völkerbund sei.

Vor der Bildung des Sicherheitsausschusses.

Genf, 30. November. Die Vorbereitende Abrüstungskommission beschloß, morgen die konstituierende Sitzung des Sicherheitsausschusses abzuhalten. Jede Delegation wird einen Delegierten in den Ausschuß entsenden. Morgen vormittag wird das Präsidium des Ausschusses gewählt werden und die Vorbereitende Abrüstungskommission wird nur noch einmal zusammentreten, um den Bericht des Sicherheitsausschusses über seine Bildung entgegenzunehmen und um die nächste Tagung der Kommission festzulegen. Zum Freitag oder Sonnabend wird die Tagung der Abrüstungskommission beendet sein.

Eine neue Woldemarasnote an den Völkerbund.

Kowno, 30. November. Wie der nach Kowno entsandte Sonderberichterstatter der U. meldet, hat Woldemaras eine weitere Ergänzungsnote an den Völkerbund gerichtet, in der entgegen polnischen Behauptungen festgestellt wird, daß keine Defektionen in der litauischen Armee vorgekommen sind. Wenn Polen von einer Massenflucht litauischer Soldaten nach Polen spreche, so sei Litauen gezwungen, sein Militär zu konzentrieren, denn die Vermutung liege nahe, daß man in Polen Banden gegen Litauen organisiere.

Für eilige Leser.

* Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung neben innerpolitischen Angelegenheiten mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates in Genf und nahm hierüber einen Vortrag des Reichsaußenministers entgegen.

* Von unbekanntem Attentätern wurde gestern in Chicago in einem neben einem Kino gelegenen Garmladen eine Bombe geworfen. In diesem Jahre hat Chicago nunmehr 100 Bombenwürfe erlebt. Der Schaden, den der Bombenwurf anrichtete, war jedoch gering.

* Die Verhandlungen zwischen Tschangtschelin und den Japanern über die Erweiterung der japanischen Vorrechte in der Mandchurei sind am Mittwoch ergebnislos abgebrochen worden. Tschangtschelin erklärte dem japanischen Gesandten, daß er darauf bestehen müsse, daß keine Vorrechte mehr an Ausländer vergeben werden.

* Bei einem Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Eisenbahn wurden in Newjersey 22 Personen verletzt.

Ein deutsch-russisches Diner in Genf.

Genf. Graf Bernstorff veranstaltete gestern Abend im Hotel Metropole ein Diner, an dem sämtliche Mitglieder der sowjetrussischen Delegation sowie die übrigen deutschen Delegierten und deutschen Mitglieder des Völkerbundssekretariats teilnahmen.

Paris unter dem Eindruck des Russenvorstoßes in Genf.

Paris, 1. Dezember. Der Genfer Vertreter einer Pariser Agentur berichtet, daß Litwinows Erklärungen in Völkerbundskreisen die Meinung erweckt hätten, daß die Sowjetdelegation mit ihren radikalen Abrüstungsvorschlägen die deutsche Delegation in Verwirrung gesetzt habe. (?) Für die Sowjetunion käme es in Genf nur darauf an, Propaganda zu treiben. Die Mittwochabendausgabe des Temps mißt der russischen Teilnahme an den Genfer Abrüstungsberatungen die größte Bedeutung bei. Die Delegation der Russen, die nach Genf entsandt worden sei, verfolge den Zweck, die Politik des Völkerbundes zum Scheitern zu bringen. Wenn man auch nicht behaupten könne, daß zwischen Moskau und Berlin eine gemeinsame Taktik in Genf verabredet worden sei, so müsse man doch darauf gefaßt sein, daß die Russen die deutsche Delegation unterfüttern werden. Für Frankreich gehe immer noch die Sicherheit über die Abrüstung. Die schlimmsten Friedensgegner seien die Abrüstungsprediger, die sich nicht um die Sicherheit aller Nationen kümmern. (!?)

London zu den Abrüstungsvorschlägen Litwinows.

London, 30. November. Die Londoner Abendblätter veröffentlichten in großer Aufmerksamkeit die von Litwinow in der heutigen Sitzung der Abrüstungskommission unterbreiteten Vorschläge. Obwohl damit gerechnet wurde, daß die russische Delegation einen sehr weitgehenden Plan unterbreiten werde, haben die nun von Litwinow vertretenen Forderungen doch erhebliche Sensation in London hervorgerufen. In politischen Kreisen diskutiert man eifrig über die von Rußland mit der Unterbreitung dieses Vorschlages verfolgte Politik. Es herrscht einige Verwunderung darüber, daß die den realen Nachmitteln keineswegs abgeneigten Machthaber in Moskau so radikale Vorschläge unterbreiten, über deren Undurchführbarkeit sie sich kaum einem Zweifel hingeben könnten. Auf englischer Seite sieht man zunächst keinen Anlaß, mit besonderen Argumenten gegen den sowjetrussischen Plan vorzugehen, da man glaubt, daß er ohnehin auf die ziemlich einstimmige Ablehnung der Abrüstungskommission stoßen wird.

Deutschenhege in der belgischen Kammer.

Brüssel, 1. Dezember. In der belgischen Kammer wurde am Mittwoch die Debatte nach der Regierungserklärung fortgesetzt. Der frühere Ministerpräsident Carol de Wiart wies auf die Notwendigkeit hin, die belgischen Östgrenzen gegenüber Deutschland noch weiter zu befestigen. Auch der ehemalige Kriegsminister de Beze sprach wieder von einer deutschen Gefahr.

Der Kampf gegen die russische Opposition geht weiter.

Wie der Vorwärts aus Charkow meldet, erklärte ein Mitglied der Zentralkomitee der Kommunistischen Partei auf dem Parteitag in Charkow, daß weitere 500 Oppositionsangehörige ihren Ausschluß aus der Partei zu erwarten hätten. Jedem, der die Gehege verachte, werde künftig auch die Strafverfolgung drohen.

Ueberführung des zweiten Reparationschwimmdocks nach Frankreich.

Hamburg, 30. November. Das zweite, auf der Deutschen Werft auf Reparationskonto für Frankreich erbaute 8000 Tonnen große Stahlschwimmdock hat heute morgen im Tau zweier Schleppdampfer Hamburg verlassen, um nach Frankreich überführt zu werden.